

Prüfung nach Aktenlage – Das schnelle Aus für den AKW-Weiterbetrieb

Welt, 25.03.2022, Sebastian Beug

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237764761/Ampel-und-Atomkraft-Ohne-eingehende-Pruefung-das-schnelle-Aus-fuer-den-AKW-Weiterbetrieb.html>

Die Ampel hält am Atomausstieg zum Jahresende fest. Doch die Prüfung eines Weiterbetriebs erfolgte vorrangig nach Aktenlage und ohne unabhängige Wissenschaftler. Offen ist, ob bei einer Gasmangellage überhaupt genug Strom produziert werden könnte.

Trotz des Ukraine-Krieges und der Sorgen um die Energiesicherheit bleibt es nach dem Willen der Ampel beim Atomausstieg 2022. Einen Weiterbetrieb der letzten drei Atommeiler lehnt die Bundesregierung bisher ab – allerdings ohne eine eingehende Prüfung. Das geht aus den Antworten auf mehrere schriftlichen Anfragen des Bundestagsabgeordneten Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, an die Bundesregierung hervor, die WELT vorliegen.

Die Ministerien unter der Führung von Robert Habeck und Steffi Lemke (beide Grüne) hatten in einem gemeinsamen Vermerk vom 7. März erklärt, ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke könne „nur einen begrenzten Beitrag“ in der aktuellen Gaskrise leisten und sei „nicht zu empfehlen“. Begründet wurde dies mit hohen wirtschaftlichen Kosten sowie verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken. Statt längerer Laufzeiten wollen die Grünen-Minister im Ernstfall wieder mehr auf klimaschädliche Kohlekraftwerke setzen.

Die Erstellung dieses Prüfvermerks erfolgte jedoch ausschließlich „auf der Grundlage vorliegender Unterlagen sowie Gesprächen mit Betreibern der Atomkraftwerke“, heißt es in einer der Antworten. Weitere externe Gruppen, nach deren Einbindung sich Müller erkundigte, haben die Ministerien nicht gehört: Weder die Einschätzungen von unabhängigen Wissenschaftlern noch die Sorgen von Unternehmens- und Arbeitnehmervertretern energieintensiver Industrien, die von teuren Energiepreisen betroffen sind, wurden in der Prüfung berücksichtigt.

Unklar ist zudem, unter welchen finanziellen und personellen Anforderungen ein Weiterbetrieb möglich wäre. Eine entsprechende Anfrage beantwortete das Umweltministerium ausweichend mit der Erklärung, die Atomkraftwerke müssten auch „gegen Ende ihrer Betriebszeit höchsten Anforderungen gerecht werden.“ Die Empfehlungen dazu basierten „in der Regel auf Empfehlungen der Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit (GRS, Anm.) oder der Reaktor-Sicherheitskommission“. Doch die GRS hatte bereits gegenüber WELT AM SONNTAG erklärt, keine Sicherheitsbedenken gegen einen Weiterbetrieb der Meiler zu haben.

Zuletzt erkundigte sich Müller auch nach den Berechnungen, laut denen es für den Fall eines Embargos auf russisches Gas ausreiche, Stein- und Braunkohlekraftwerke länger in Bereitschaft zu halten, wie es die Bundesregierung plant. Die Antwort: „Da die Stromerzeugung aus Gas nur einen relativ geringen Anteil an der gesamten Stromerzeugung hat, geht die Bundesregierung davon aus, dass mit einer erweiterten Kohlekraftwerksreserve genügend Erzeugungskapazitäten zur Verfügung

stunden, um auch bei einer Gasmangellage eine ausreichende Stromversorgung zu gewährleisten.“ Zahlen legte das zuständige Bundeswirtschaftsministerium nicht vor.

Müller kritisiert deshalb Wirtschaftsminister Habeck: „Wer sich lieber in Katar vor dem Emir verbeugt, als daheim eine offene Debatte über längere Laufzeiten für Kernkraftwerke zu führen, setzt die falschen Prioritäten“, sagte Müller WELT. Die Regierung habe keine ergebnisoffene Prüfung vorgelegt, sondern halte aus ideologischen Gründen am Ausstieg aus der Kernenergie fest. „Diese grünen Denkverbote gefährden Arbeitsplätze und Existenzen“, sagte Müller. „Alles, was die Stromkosten senkt, muss jetzt geprüft und gemacht werden.“

Erste Unionspolitiker forderten bereits einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, die eigentlich am 31. Dezember vom Netz gehen sollten. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion sprach sich dafür aus, auch die drei abgeschalteten Meiler Brokdorf, Grohnde und Grundremmingen C wieder ans Netz zu nehmen. Die sechs Kernkraftwerke steuerten im vergangenen Jahr 12,6 Prozent zur deutschen Stromerzeugung bei.